

Leitartikel

Gift für das Land

Beim Streit um Glyphosat geht es um nicht weniger als den Erhalt unserer Lebensgrundlagen.

Der Coup war inszeniert als Tat eines Einzelgängers. Völlig einsam, so sollte man glauben, habe Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt der Nutzung des Pflanzengifts Glyphosat in der EU um weitere fünf Jahre zugestimmt – gegen den Willen des Koalitionspartners, entgegen einer Weisung aus dem Kanzleramt, gegen den Wunsch der meisten Bürger. „Ich habe die Entscheidung für mich getroffen und in meiner Ressortverantwortung“, erklärte der CSU-Mann nach der Tat. Und damit das noch ein bisschen irrer klingt, fügte er hinzu: „So isser, der Schmidt.“

Wer soll das glauben? Tatsächlich fiel der Minister in seiner gesamten Amtszeit eher durch peinliche Auftritte („Je suis Greußener Salami“) oder chronische Feigheit auf als durch revolutionäre Umtriebe. Kein einziges Mal wagte er es, sich gegen die mächtige Agrarlobby zu stellen. Als Fachfremder hielt sich der ehemalige Staatssekretär aus dem Verteidigungsministerium strikt an die Marschbefehle der CSU-Spitze und ihrer Freunde vom Deutschen Bauernverband (DBV).

Letztere haben sich schon vor Jahren entschieden, für welche Art von Landwirten sie lobbyieren: für Agrarbetriebe, die mit industrieller Massenproduktion billige Rohstoffe für die globale Lebensmittelindustrie bereitstellen. Der „Wachse oder weiche“-Philosophie des DBV sind seit 2013 fast 10 000 Höfe zum Opfer gefallen. Statt in lebendigen Bauerndörfern wird zunehmend in riesigen Fabriken produziert, die geschützt sind wie Hochsicherheitstrakte. Hinter dem vermeintlichen Einzeltäter Schmidt steckt eine mächtige Agrarlobby, die aus reinem Profitinteresse unsere Lebensgrundlagen aufs Spiel setzt.

Der Kampf um das Herbizid Glyphosat wird deshalb so erbittert geführt, weil es eine Richtungsentscheidung darüber ist, welche Art von Landwirtschaft sich durchsetzt. Mehr noch: An dieser Frage wird sich entscheiden, wie die Weltbevölkerung ernährt werden kann und wer daran verdient.

Glyphosat wurde zum Sinnbild dieser Debatte, weil es das Schmiermittel für eine industrielle Landwirtschaft ist, die keine Rücksicht auf Mensch, Natur und Kreatur nimmt. Es wurde zum Symbol für eine Agrarindustrie, die Tiere und Pflanzen mit Chemie vollpumpt, das Wasser mit Nitrat verseucht, das Klima schädigt und zu einem alarmie-

renden Artensterben beiträgt. Die Drohung der Bauernfunktionäre, bei einem Verbot von Glyphosat einfach noch schädlichere Mittel einzusetzen, zeigt den maroden Zustand einer Branche, der man die Böden der Welt anvertraut hat.

Der Streit, ob Glyphosat krebserregend ist oder nicht, hat vom eigentlichen Problem abgelenkt. Im Gezerre um echte und manipulierte Studien ging die Grundfrage nahezu unter: Welche Art von Landwirtschaft will die Gesellschaft dulden? Und wofür ist sie bereit zu zahlen? Und schließlich: Wie lässt sich das bisherige System reformieren?

Diese Diskussion versucht die Branche gern mit der Behauptung zu stoppen, die Nebenwirkungen der Agrarindustrie seien der Preis dafür, die Welt ernähren zu können. Das sehen Experten anders: Um den Hunger zu bekämpfen, müsste die nachhaltige Kleinbauerei gefördert werden, das fanden 400 Wissenschaftler im Auftrag der Uno und der Weltbank 2008 heraus.

Glyphosat und andere Herbizide verschärfen das Ernährungsproblem sogar. Ihr Einsatz hat Superunkräuter wuchern lassen, die resistent geworden sind, manche sogar gegen mehrere Mittel. In den USA sind ganze Landstriche, rund 34 Millionen Hektar, von teils meterhohen Pflanzen verseucht, die Glyphosat locker wegstecken. Auch in Deutschland machen sich Resistenzen gegen Herbizide breit.

Dieser zerstörerischen Landwirtschaft wäre leicht beizukommen. Die Biobauern machen vor, wie man ohne Chemie den Acker bestellt, mit Fruchtfolgen, Bodendeckern, mit mechanischer Unkrautbekämpfung. Ein paar Hundert Euro mehr pro Hektar würde es kosten, Böden umweltschonend zu bearbeiten.

59 Milliarden Euro verteilt die EU pro Jahr an die Landwirtschaft, es ist der größte Posten im Etat. Derzeit werden die Rahmenbedingungen für die gemeinsame Agrarpolitik neu gesetzt – eine einmalige Chance, Europas Landwirtschaft auf gesunde Beine zu stellen.

Technisch wäre das einfach: Geld bekommt nur noch, wer umweltschonend wirtschaftet. Modelle dazu liegen vor. Was fehlt, ist jene Eigenschaft, die auch Minister Schmidt fremd zu sein scheint: der Mut, sich gegen die mächtige Chemie- und Lebensmittellobby durchzusetzen.

Michaela Schiefl



STEVEN LUDTKE / PICTURE ALLIANCE / DPA